

Während die
Städte! So-
nne, könne
ierung sein

m besonders
dem Bod-
Bücherer hat
man den
so unsauber-
legen, ent-
z eingetunkt.
Wohnung-
lichen Unter-
sagt, werden
in gewissen-
Angriffsstrafe
elt, und in
eind starke
Bücherer so
urteil all-
beifälliges

Machrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsheim, Aumelshain, Bencha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Ponthen, Staudnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Geschenk wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—
durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.—. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6 gespaltene Korpuszeile 60 Pf., auswärts 75 Pf. Um-
licher Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagepreise pro Hundert Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erstausgabedates,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Umlieger entgegen.
Bestellungen werden von den Ausliefern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Gute, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Beruf: Amt Naunhof Nr. 2

Nummer 12

Freitag, den 28. Januar 1921

32. Jahrgang

Aleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichstag hat seine Zustimmung zur Strafverfolgung Erzbergers wegen Verleumdung der Eidspflicht in fünf Fällen gegeben.

* Zwischen Lloyd George und Briand haben sich in Paris erneute Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Lloyd George erkennt Deutschlands guten Willen bei der Abrüstung voll an.

* Auf Verlangen der italienischen Delegation ist in der Sitzung des Obersten Rates beschlossen worden, dass an erster Stelle mit der Notlage Österreichs zu beschäftigen.

* Die Abstimmungskommission in Oppeln hat neue Bestimmungen für die nicht in Oberschlesien anfassenden Abstimmungsberechtigten erlassen.

* Die Wahlen in Lippe-Detmold ergaben eine Mehrheit für die bürgerlichen Parteien.

* Die Steigerung des Marktkurses in New York hält an; insgesamt fiel der Dollar kurs in Berlin vorübergehend bis auf 54.

Absatz des Memellandes?

Eine unscheinbare kleine Nachricht, doch aber wert, nicht in der Überfülle der Tagesereignisse übersehen oder vergessen zu werden. Zwischen Litauen und dem Memelland ist ein Abkommen getroffen worden, oder sagen wir lieber: es soll ein Abkommen getroffen werden sein, wos nach zwischen beiden Ländern eine Bündunion mit gemeinsamer Grenze gegen Deutschland vereinbart werde. Die Grenze soll längs der Linie Schmalenau-Memel-Kubus und Skirwitz-Beden bis an die Kurischen Nehr und weiter längs der Oste bis an die litauische und lettische Grenze laufen. Eine besondere Kommission soll die näheren Einzelheiten des Zolltarifs ausarbeiten. Eine zweite Meldung, die der ersten nachgedacht wird, drückt sich zwar etwas vorsichtiger aus. Danach soll zunächst nur ein Vorabkommen dieser Art geschlossen sein, das beide Parteien lediglich verpflichtet, in weitere Verhandlungen über eine Bündunion einzutreten. Zu einem formellen Zollvertrag sei man aber noch nicht gekommen. Wir dürfen danach annehmen, dass das lezte Wort in dieser Frage noch nicht gesprochen ist. Wohin aber die Reise gehen soll, das lädt dieses interessante Nachrichtenspiel immerhin mit einiger Deutlichkeit erkennen.

Man kann es unseren Landsleuten in Memel allerdings kaum recht verdenken, wenn sie in dem ungewissen Schicksal, das der Friedensvertrag ihnen bereitet hat, irgend eine Hand ergreifen, die sich ihnen entgegenstreckt, nur um aus dem auf die Dauer unerträglichen Zustand der Hoffnunglosigkeit erlöst zu werden. Noch jetzt, ein volles Jahr nach Ratifikation des Versöhnungsvertrages, wissen sie nicht, was eigentlich staatsrechtlich aus ihnen werden soll. Der Freistaat Danzig hat wenigstens äußerlich Gestalt angenommen, hat seine eigene Verfassung und Verwaltung, wenn auch wichtige Verträge, insbesondere mit Polen, die sein eigenständiges politisches und wirtschaftliches Leben des näheren bestimmen sollen, noch auszustellen. Über das endgültige Schicksal des Memellandes aber hat die Entente noch nicht geruhet, sich irgendwie schlüssig zu machen. Kein Wunder auch, da bei der Lösung dieser Frage das russische Problem irgendwie geregelt sein müsste und wir von dieser Aufgabe noch immer ziemlich weit entfernt sind. Eben jetzt läuft zwar die Moskauer Regierung feierlichst versichern, dass sie keinerlei Angriffsabsichten für das nächste Frühjahr habe. Sie habe die ethnische, die lettische und die rumänische Regierung offiziell anerkannt und sie davon benachrichtigt, dass sie keinerlei Absicht eines Angriffs auf diese Länder habe. Und was Polen betrifft, so leiten in Riga die gleichen Versicherungen abgegeben worden. Aber einmal ist von Litauen in dieser Erklärung keine Rede, und dann hängt dessen Schicksal ja auch in gleicher Weise wie von Ruhland schließlich auch von der Haltung des Warschauer Regierung ab, von der man bis auf weiteres annehmen muss, dass sie gegen das kleine Staatswesen mancherlei im Schilde führt, das ihm von heute auf morgen schon das Leben leicht wieder ausblasen kann. Vom litauischen Standpunkt aus ist es natürlich durchaus begreiflich, dass eine wirtschaftliche Verschmelzung mit dem Memelland angestrebt wird, denn ohne einen Zugang zur See kann dieses Kunstdenkmal eines Landstaates nicht leben, das sich bisher nur auf Schleichwegen sozusagen vor dem Hungertode gerettet hat. Das Memelland aber, ein im gleichen Grade unnatürliche Gebilde, das lediglich britischer Überseepolitik seine Entstehung verdankt, kann auch nicht leben und nicht sterben, wenn es seine Lage nicht durch Anlehnung an irgend einen Nachbarstaat zu stützen vermöge. Deutschland aber sind die Hände gebunden; es hat diesen preußischen Litauern gegenüber, die bisher stets in Freud und Leid zu ihm gehalten haben, kein anderes Bindemittel als das Bewusstsein der Zugehörigkeit zum Reich, zum deutschen Volksstamm, dem sich wohl feindselige Gewaltseinheiten entgegenstellen können, das aber unausstotbar in den tiefsten Tiefen der Volksseele verwurzelt ist.

Doch die Möglichkeit materieller Hilfe für das Memelland ist uns genommen. Das einzige, was wir tun können und auch getan haben, ist der Versuch, auf eine Beschleunigung der in London oder Paris oder Rom oder wohl auch in Washington zu treffenden Entscheidung über diesen nordöstlichen Zipfel des Reichsgebietes hinzuwirken. Über die Herrschaften im Obersten Rat haben zurzeit, wie man weiß, andere Sorgen, und empfinden unsere Vertretungen auf diesem Gebiete als unnötige Belästigung.

die man sich verbitten muss. So bleiben die Memeler sich selbst überlassen. Und wenn sie dem Gedanken nähertreten, in eine Bündunion mit Litauen einzutreten, damit also einen Trennungsrück zu ziehen zwischen sich und dem gemeinsamen Vaterlande, so könnte man diesen Schritt, wenn er wirklich endgültig vollzogen würde, selbstverständlich nur aus das schmerzliche, bedauern. Man wird aber denjenigen Männern, die die Verantwortung dafür auf sich laden, keinen Vorwurf machen können. Ihre patriotische Gesinnung dürfte um dieser Entschließung willen nicht einen Augenblick angezweifelt werden. Was sie tun, gelösche im Interesse der von ihnen vertretenen Bevölkerung, die vom großen Ganzen, zu dem sie gehört, willstürlich ohne jede Befragung losgerissen, den Aufstand der Zusammenhanglosigkeit gegenüber anderen leistungsfähigen Wirtschaftssystemen unmöglich länger ertragen kann. Das Memelland kann auf die Dauer seiner natürlichen Bestimmung, ein Durchgangsgebiet nach und vom Osten zu sein, nicht entraten. Ist es schon von Deutschland künftig abgeschnürt, so muss es wenigstens versuchen, nach der russischen Seite hin sich die Möglichkeit frischen Blutlaufs zu verschaffen.

Freilich, die Auseinandersetzung an Litauen wäre wohl auch nur wieder ein Akt der Verzweiflung. Denn was ist, was kann dieser litauische Staat, dessen Grenzen noch nicht einmal feststehen, der auch geistig und kulturell so schmäler Grundlage beruht, dass man nur mit äußerstem Mühsal seine ersten Geburtsstufen beobachten kann. Ihm fehlt sogar das bishin Selbstverständen, das andere der von Gnaden der Entente geschaffenen neuen Staaten der Welt vorläufen möchten, um an ihre Lebensfähigkeit glauben zu machen. Alles, was wir im Osten sehen, sind Vorläufigkeiten, Schöpfungen von heute und morgen, nur nicht für die Ewigkeit. So würde auch ein Zollvertrag zwischen Memel und Litauen, wenn er wirklich zustande käme, nur als eine vorübergehende Erscheinung bewertet werden können.

Die Pariser Konferenz.

Gegenseite in der Entwaffnungfrage.

In der ersten, dreitägigen Sitzung hat sich die Pariser Konferenz der Alliierten fast ausschließlich mit der Frage der Entwaffnung Deutschlands beschäftigt. Der amliche Ententevertrag über diese Sitzung besagt nun:

Die Konferenz hat entschieden, dass die Sachverständigen für Heer, Marine und Luftfahrt sich unter dem Vorsitz von Marshall Foch zusammenfinden sollen, um die Maßnahmen festzulegen, die durch Deutschland getroffen werden sollen, um die völlige Ausführung des Friedensvertragslaufes, betreffend die Entwaffnung, durchzuführen. Die Sachverständigen sollen der Konferenz alsdann berichten.

Wie man aus diesem etwas gewundenen Text ersieht, sind auch die Alliierten keineswegs einig. Das bestätigt auch der bekannte französische Politiker Pétinax, indem er schreibt: „Unglückslicherweise wurde es sofort am Beginn der gefährlichen Sitzung klar, dass Lloyd George seine persönlichen Ideen in bezug auf Deutschland hatte. Marshall Foch rief die Säye des Berichts vom 30. Dezember 1920 in Erinnerung und schlug vor, das Datum des 1. Mai der Berliner Regierung als letzten Termin mitzutragen, bis zu welchem sie sich endgültig den Entwaffnungsforderungen der Alliierten fügen müsse. Der englische Premierminister vertrieb seine Gefühle nicht und machte einige ironische Zwischenfälle. Die Erwähnung der Besetzung des Ruhrgebiets rief ganz besonders seine Bemerkungen hervor.“

Konfuse Diskussion.

Weiter berichtet der anscheinend sehr gut unterrichtete Pétinax über den Verlauf der ersten Sitzung:

Lloyd George hat auch seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, dass man den Vorschlägen der militärischen Sachverständigen nicht in vollem Umfang folgen könne und dass es besser wäre, noch einmal zu der Methode von Spa zurückzukehren, nämlich die Deutschen zur Konferenz in Paris einzuladen. Wenn die alliierten Minister sie anhören hätten, könne man eher zwischen dem Möglichen und Unmöglichen entscheiden. Vianez widersetzte sich aber energisch diesem unerwarteten Vorschlag und wollte sich in seiner Weise fügen. In der ziemlich konfusen Diskussion scheint ein Zusammenspiel zwischen der französischen und englischen Politik erfolgt zu sein. Jospin, der belgische Außenminister, neigte eher, wenn auch mit einigen Einwänden, zum englischen Standpunkt. Später schlug Italien einen Mittelweg vor. Graf Götzen sagte: „Verständigen wir uns zuerst über die Prinzipien, an erster Stelle müssen wir ein Programm festlegen. Wenn wir dann zu seinen Anwendungsmöglichkeiten gelangen, können wir von den Ministern in Berlin verlangen, dass sie uns Ihre Sachverständigen hierherholen.“

Weder Lloyd George, noch Briand konnten sich dieser Anregung verschließen. Wie sollte man nun aus der Verlegenheit herauskommen? Nach einigem Hin- und Herden wurde beschlossen, dass die Militärsachverständigen sofort einen neuen Bericht versetzen sollen. Sie sollen ihre ursprünglichen Vorschläge revidieren.

Lloyd George gegen Briand.

In einer Besprechung im Anschluss an die erste Konferenz, die zwischen Lloyd George und Briand stattfand, zeigten sich die Gegensätze zwischen beiden Staatsmännern im vollsten Lichte.

Lloyd George erklärte, dass Deutschland sich seiner Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage vollkommen entledigt habe. Man sprach dann von den zahlreichen Einwohnerheben, von den politisch-militärischen Einrichtungen, von dem Ausbau der Bewaffnung der Reichswehr, der über das gemachte Zugeständnis hinausgehe, von dem geheimen oder öffentlichen Vorhanden sein der Schuppenpolizei und von den Kanonen, die in den Festungen von Küstrin und Königsberg aufbewahrt würden. Was aber andererseits zerstört ist, ist beträchtlich. Deutschland ist sehr nicht fähig, legenden ernstlichen Angriff gegen die Alliierten zu unternehmen. Die innere und äußere britisches Gewalt darf nicht vernachlässigt werden, und Deutschland könnte nicht ohne Verteidigungsmittel bleiben. Bayern widersteht sich den Anordnungen von Berlin, weil seine öffentliche Meinung Sicherheit und Schutz fordert. Ist es gerecht, so fragt Lloyd George, dass ganz Deutschland und besonders die Bevölkerung des Ruhrgebiets für Fehler bestraft werden, die in München begangen wurden? Und der Zeitpunkt des 1. Mai, den Marshall Foch fordert, ist er nicht jener Zeitpunkt, wo Unternehmungen der Roten Armee am meisten zu fürchten sind?

Lloyd George betont noch, dass man den militärischen Sachverständigen in allen ihren Schlussfolgerungen nicht folgen könne, und das es besser wäre, noch einmal auf die Methode von Spa zurückzugehen und die Deutschen zur Pariser Konferenz einzuladen.

Ausbau des deutschen Beamtenstabes.

Der Tempa meldet zur Wiedergutmachungsfrage, dass die Mehrheit des französischen Kabinetts und der Deputiertenkammer Deutschland keinen neuen Aufschub und keine Milderung zugesieben könne, solange nicht der deutsche Beamtenstab, der jetzt ohne jeden Grund dreimal so groß sei wie vor dem Kriege, auf seinen Stand vom 1. August 1914 zurückgeführt werde.

Das Grubenunglück in Döbeln.

Dresden, 25. Jan. Nach amlicher Feststellung hat das Döbelner Grubenunglück bisher 52 Toten gefordert; bei zwei Schwerverletzten ist es fraglich, ob sie noch geheilt werden können. Das Personal und die Verge des Holzlohs arbeiten seit 36 Stunden ununterbrochen mit Sauerstoffpumpen, allein es war ihnen trotz aller Anstrengungen nicht möglich, die durch Gasvergiftung Betroffenen am Leben zu erhalten. Für sämtliche Toten findet eine gemeinsame Trauerfeierlichkeit statt, welche der Ministerpräsident Buch persönlich abwehren wird. Über die Entlastungsurlaube ist noch zu berichten, doch in Bergarbeiterkreisen die Schuld der schlechten Weiterführung zugeschrieben wird, die nicht den Anforderungen entsprochen haben soll. Die Auflösung einer aufgeschraubten Sicherheitslampe wird dagegen von anderer Seite als vermutliche Ursache der Katastrophe angegeben.

Gräßliche Szenen im Schachte.

Einer der Überlebenden Bergarbeiter berichtet der Chemnitz. Abg. Jhg. über die Katastrophe: Wir waren gegen 7 Uhr im Schacht an Ort und Stelle. Vor Beginn der Arbeit wollte ich von einer hundert Meter entfernten Stelle eine Säge hören. Ich war kaum dort, als ein gewaltiger heiter Windstoß auf mich zukam. Ich wurde zu Boden geschleudert und die Lampe erlosch. Nachdem ich wieder zur Beladen gekommen war, entzündete ich meine Grubenlampe mit der Sicherheitszündung. In dem gleichen Augenblick hörte ich schon das entsetzliche Schmerzensgeschrei der verunglückten Kameraden, die teilweise brennend aus dem dunklen Stollengang hinaufliefen. Vieles sahen sie plötzlich tot um. An der Unglücksstelle lagen die Toten teilweise übereinander. Wenn wir versuchten, die schwerverbrannten zu retten, lagen sie noch mehr auf, da die gräßlichen Wunden durchbare Schmerzen verursachten. Trotzdem muhen wir an das personalaufziale Rettungswerk gehen. Ein Kamerad, den wir im Förderkorbe aus der Grube holten, rief, von Schmerzen überwältigt, nach seiner Frau. Ein anderer sang einen Choral. Vieles sahen die armen Menschen zu entkommen, weil sie die Brandwunden zum Wahnsinn trieben. Heute, am Dienstag morgen, podachte mich angefischt der Vorside, dass ich wieder in den Todesstoss einfahren sollte, ein solches Grauen, das ich einfach die Schacht nicht anfahren konnte. So wie mir erging es auch vielen anderen Kameraden.

Die Grubenkatastrophe hat insofern auch eine Rückwirkung auf Leipzig, als die Stadtgemeinde zwei Drittel der Auge der Döbelner Bergbaugesellschaft besitzt. Dieser Gesellschaft gehören die Gruben „Hedwigsschacht“ und „Friedensschacht“ in Döbeln. Im letzten Geschäftsjahr arbeitete das Unternehmen mit einem Verlust von 947000 Mark, die Förderung ging gegenüber dem Vorjahr noch weiter zurück.

Die Verkehrslage der Eisenbahn.

Groener über die Tarifverhöhung.

Vor der Handelskammer in Hamburg gab Reichsverkehrsminister Groener ein Bild von der gegenwärtigen Lage des Verkehrswechsels in Deutschland und hob hervor, dass er seine Ausführungen nicht als Minister, sondern als Leiter eines großen Betriebes mache, der vom Standpunkt der Rentabilität die wirtschaftlichen Tatsachen betrachtet. Er betonte, dass es ihm wesentlich darauf ankomme, den Eisenbahnapparat in Ordnung zu bringen. Erst in zweiter Linie steht die Frage, wie durch organisierte Änderung der Betrieb wirtschaftlicher gestaltet werden könne. Das Defizit der Eisenbahn röhrt von der Überspannung in den Jahren 1917/18 und den Ereignissen der Revolution, mit der Überflutung an Personal, sowie der Salutaverschlechterung her. Die schematische Durchführung des Achtfundertages sei bei der Eisenbahn

nicht möglich. Sie mache es unmöglich, den Betrieb wieder auf die alte Höhe zu bringen. Erfreulicherweise sei eine erhebliche Steigerung der Leistungen und der Willigkeit des Eisenbahnpersonals zu verzeichnen. Die mangelhafte Wagenförderung habe ihren Grund vornehmlich in dem fehlenden ausreichend leistungsfähiger Lokomotiven. Was die Tarifverhöhung betrifft, so habe die letzte nicht nur eine Steigerung des Verkehrs, sondern auch der Einnahmen, und zwar um hundert Prozent, gebracht. Die Reichsbahnverwaltung könne jedoch nicht gesunden, wenn sie nicht vom Reichsfinanzminister loskomme, sie müsse finanzielle Autonomie erhalten. Die Tarifverhöhung müsse kommen, sonst werde eine Deckung des Defizits der Reichsbahnverwaltung nicht möglich sein. Man beachte, durch die Tarifverhöhung zwei Drittel und durch Sparmaßnahmen ein Drittel des Defizits zu decken. In welchem Maße eine Ausgestaltung des Eisenbahnverkehrs möglich sein werde, hänge von der Entwicklung der Automobilfrage ab. Er selbst schenke den Dingen höchstes Interesse und verfolge u. a. den Plan, ganze Schlafwagenzüge mit großer Beschleunigung zwischen den großen Verkehrszentren einzurichten.

Simons und die Kriegsentschädigung

Keine unerfüllbare Verpflichtung.

Im Hauptausschuss des Reichstages gab der Reichsaußenminister Dr. Simons einen genauen Überblick über die bisherigen Verhandlungen mit der Entente und die Gründe, die für ein Eingehen auf den Vorschlag einer Festsetzung von Annullierungen für fünf Jahre maßgebend gewesen sind. Er betont, daß wir auf die Festsetzung der Gesamtkreditsumme, die Deutschland nach dem Friedensvertrag bis zum 1. Mai d. J. erwartet dürfe, nur verzichten können, wenn wir uns vorher mit den Gegnern über die Erleichterungen der uns auferlegten Last verständigt haben, aber die wir in Brüssel zu verhandeln begannen. Kommt es nicht zu einer Verständigung über die bekannten Voraussetzungen unserer Leistungsfähigkeit und über die Methode der Leistung, so muß es bei der Festsetzung der Gesamtkredit zum 1. Mai sein Beweisen haben, daß die deutsche Regierung ein unbilliges Diktat einer unerfüllbaren Verpflichtung vorziehen würde. Auf der anderen Seite darf die Regierung nicht versäumen, was der Zusammenarbeit mit den bisherigen Gegnern zur gemeinsamen Wiederherstellung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskraft dienlich sein könnte. Sie müssen ebenso wie ihre Gegner sich durchdringen lassen von dem Bewußtsein der Interessensolidarität.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bürgerlicher Wahlsieg in Lippe.

Bei den Wahlen zum Lippischen Landtag wurden abgegeben für die Deutschen 17 600 Stimmen. (Bei den letzten Reichstagwahlen 18 000.) Für die Deutsche Volkspartei 15 200 (18 000), für die Demokraten 8800 (8600), für den Gewerkschaftsbund 4400, für die Mehrheitssozialdemokraten 25 400 (23 000), für die Unabhängigen 2400 (6000), für die Kommunisten 3400. Nach diesem Ergebnis ist die bisher im Lippischen Landtag bestehende sozialistische Mehrheit gebrochen. Von 21 Abgeordneten entfallen auf die Sozialdemokraten 7, die Demokraten 2, die Deutschen 5, die Volkspartei 4, die Gewerkschaften 1, die Kommunisten 1. Die Unabhängigen geben ohne Mandat aus. Sie haben ihre Stimmen größtenteils an die Kommunisten verloren. Ein Mandat steht noch aus, bis die Ergebnisse der bietischen Wahl, die zum ersten Mal in Deutschland durch Lippe eingeschürt ist, bekanntgegeben werden.

Demokratie und Regierungsbildung.

In einer demokratischen Wählerversammlung in Magdeburg hat der Vorsitzende der demokratischen Partei, Senator Dr. Petersen (Hamburg), folgende programmatische Erklärung abgegeben: „Sollte bei den Preußischen Wahlen von den gegnerischen Parteien der Wahlkampf wieder wie bei den letzten Reichstagswahl geführt werden, so lehnt es die Demokratische Partei ab, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Die Demokraten werden dann vorziehen, sich von der Zuschauerrolle aus die Dinge anzusehen.“

Frankosen auf der Wassersuche.

In Königswberg i. Pr. kam es zu einem peinlichen Vorfall, der noch durch eine Untersuchung geklärt werden muß. Der Ententekommision war mitgeteilt worden, daß in einem militärischen Gebäude der Festung Königswberg sich noch Frankosen in großer Anzahl befinden, die seinerzeit nicht ausgelöscht worden seien. Englische und französische Offiziere begaben sich mit dem deutschen Verbündungs-offizier nach dem Gebäude. Da der Schlüssel nicht zur Stelle war, schlugen die Frankosen trotz des Einspruchs des deutschen Offiziers das Tor mit der Axt ein, durchsuchten die Räume, erklärten das vorgefundene Gerät für beschlagnahmungsfähig und stündigten eine Untersuchung an.

Amerika.

X Kanonen als Freundschaftsgeschenk. Der amerikanische Abgeordnete Porter, Präsident des Komitees für auswärtige Angelegenheiten, brachte ein Gesetz ein, das den Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigen soll, eine gewisse Menge von Kanonen und Munition der Regierung von Portugal als weiteren Beweis von Freundschaft zu überweisen.

Aus In- und Ausland.

London. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß das Kabinett entschlossen sei, die britische Militärmission in Berlin unter General Malcolm in der nächsten Zeit aufzulösen.

Paris. Nach einer Meldung aus Bukarest findet die Hochzeit des Prinzen Gheorghe von Rumänien mit dem griechischen Kronprinzen in der zweiten Woche des Februar statt.

Deutscher Reichstag.

CB. Berlin. 25. Januar.

In der heutigen Sitzung, die wiederum nur von wenigen Abgeordneten besucht war, wurden zunächst eine Reihe kleiner Anträge behandelt. U. a. fragte Abg. Frau Dr. May (Deutsche Bp.) nach der Herbeiführung gleicher Schutzaftungen und gleicher Rechte für in den einzelnen deutschen Ländern und gegenüberliegenden Anerkennung der Bezugnisse. Von der Regierung wird geantwortet, daß Reichsministerium des Innern sei für Herbeiführung der Vereinheitlichung, ebenso der Ausschuss des Reichsbaudikts. Dieser Ausschuss werde sich bemühen mit der Angelegenheit beschäftigen.

Die Strafverfolgung gegen den Abg. Erzberger.

Nachdem das Haus die beantragte Erlaubnis zur Strafverfolgung gegen den Abg. Erzberger (Komm.) verwiegen

hatte, erläuterte Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volksp.) den Bericht des Ausschusses zur Frage der Aufhebung der Immunität bei dem Strafverfahren gegen den Abg. Erzberger. Der Ausschuss hat sich einstimmig für die Aufhebung der Strafverfahrens ausgesprochen. Der Ausschuss war übereinstimmend der Ansicht, die Immunität dürfe nicht schablonenmäßig behandelt, sondern je nach dem einzelnen Fall behandel werden. Die Immunität sei keine Angelegenheit des einzelnen Abgeordneten, das Haus an sich sei Träger der Immunität. Im Gerichtsverfahren gegen Dr. Heilmann seien uns Fälle wissenschaftlicher oder fachlicher Meinungsunterschiede behauptet worden. Die Würde und Ehre des Hauses erfordere die Auflärung. Auch das Zentrum sei mit dem Verfahren einverstanden.

Abg. Geier-Leipzig (Komm.) bezeichnete den Vorschlag als ein internalisches Produkt der Heze durch die sogenannten nationalen Parteien gegen den Abg. Erzberger und erklärte sich gegen die Zustimmung.

Abg. Seedorff (U. Soz.) schließt sich dieser Erklärung an und ist ebenfalls gegen die Zulassung der Strafverfolgung.

Abg. Dr. Düringer (Deutschpart.) wendet sich gegen den Vortrag der Heze durch die Rechtsparteien. Die Heze werde vielmehr von links betrieben. Aus der Rechten müsse man jeden Augenblick auf Attentate gefaßt sein.

Abg. Dr. Weißer (Centr.) stellt fest, daß das Zentrum den Abg. Erzberger nicht etwa fallen lassen wolle. Abg. Erzberger habe die Unterwerfung selbst gewünscht im Interesse seiner Partei, damit bald Klärung geschaffen werde.

Abg. Dr. von (Komm.) führt aus, wenn Abg. Erzberger den behaupteten Meineid zugunsten der Rechten geleistet, würden die Rechtsparteien Widerspruch gegen die Strafverfolgung erhoben haben.

Abg. Waldstein (Dem.) teilt die Ansicht des Abg. Dr. von nicht. Am übrigen habe die Mehrheit nicht den geringsten Grund, sich für den Abg. Dr. Heilmann einzufügen.

Im Schlusshörte betonte der Abg. Dr. Kahl (D. Volksp.), daß von den Steuerangelegenheiten des Abg. Erzberger im Ausschuss nicht im geringsten die Rede gewesen sei. Der Ausschuss war sich klar, daß über den ganzen Zusammenhang im Interesse unseres östlichen Nachbarstaates notwendig sei.

Das Haus genehmigte nunmehr mit allen Stimmen gegen die Kommunisten und Unabhängigen die Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abg. Erzberger.

Die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Brünn (Deutschpart.) wurde abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die weitere weitere Regelung des Reichsbudschaps von 1920 und der Ergänzung hierzu wurde ohne Auseinandersetzung an den Ausschuss verwiesen. Sodann kam man zu der weiteren Beratung des Haushaltssatzes des Reichsjustizamtes und der damit verbundenen von den Unabhängigen und Kommunisten eingebrachten

Interpellation wegen des Amnestie-Erlasse.

Reichsjustizminister Dr. Heine erklärte sich zu einer ausführlichen Beantwortung der gestrigen Ausführungen des Abg. Remmeli (Komm.) bereit, der die jegliche Strafrechtsplege schwer angegriffen hatte. Der Neuaufbau unseres Landes bringt, so hörte der Reichsjustizminister aus, in erster Linie den Wiederaufbau der Rechtsplege. Wie wir noch außen den Kampf um unser Recht führen, so müssen wir auch im Innern das Vertrauen zum deutschen Recht wieder herstellen. Das Reichsjustizministerium muß im Mittelpunkte der deutschen Rechtsplege stehen. Die Kriminalität ist gewachsen, und das Volk hat sich dem Rechtsbewußtsein entzogen, weil wir während des Krieges eine Überproduktion an Gesetzen hatten, und die einzelnen Bestimmungen dem Volke entfremdet wurden. Die Rechtsetzung muß weniger verwirkt gehalten werden, sie muß zum Teil völlig abgebaut werden. Es gilt die Moral zu heben, das Rechtsbewußtsein muß dem Volke wieder in Fleisch und Blut übergehen. Die Justizgelehrte müssen aber mit dem Rechtsbewußtsein übereinstimmen. Ein Zweiel des Gelehrten muß vermieden werden. Die Angreife gegen die Praxis der Gerichte richten sich kaum gegen die Amtsfürst, das haben wir bei der gestrigen Interpellation gesehen. Der Fall Marlow ist auf ein Amtsgericht zurückzuführen. Gegen den General Ludendorff hat sich nichts bestimmtes ergeben. Gegen den Leutnant Vogel usw. ist auf Grundlage der neuen Auslagen des Jäger's Künige ein neues Verfahren eingeleitet worden. Das Amtsgericht hat die Amnestie gegen den Leutnant Vogel für ungültig erklärt. Die Gerichte müssen umgebaut werden, damit sie in eine enge Verbindung mit dem Volksempfinden kommen. Einer völligen Neuaustrichtung unseres Kriminalwesens kann ich aber nicht das Wort reden. Vollständiger halte ich nicht für geeignet. Denn ein Richter muß doch das Gesetz kennen. Außerdem muß er klug und unvoreingenommen jeder Sache gegenüber stehen. Das kann nur der geschulte Richter. Die Tätigkeit des Reichsjustizministeriums erfreut sich aus alle Gebiete der Rechtsplege, besonders auch auf den Entwurf zur Ausgestaltung der Strafrechtsplege, auch auf den Entwurf eines neuen Reichsstrafvollzugsgesetzes.

Das Bürgerliche Gesetzbuch wird einschneidende Änderungen erfahren.

Bereinbrecht, Meldrecht, Dienstvertrag, Mobiliar, Hypotheken erscheinen baldige Umgestaltung. Die Gesetze über die Unterhaltung der unehelichen Kinder, über die Vorlegung der Bilanz an die Betriebsräte und über die Vertretung der Betriebsräte in den Aufsichtsräten werden dem Hause demnächst gegeben. Im Strafprozeß muß unter Zugrundelegung der bestehenden Gesetze etwas Neues aufgebaut werden. Es muß mit dem Grundzirkel der Sondergerichte gebrochen werden. Ich warne vor der Anregung für die Arbeitsgerichte Sondergerichte zu schaffen. Polizei, Prozeß und Rechtsstreitigkeiten muß ein Unterschied gemacht werden. Für minderwertige Angelegenheiten darf nicht der ganze große Instanzgericht zur Anwendung kommen. Daher muß das Einstufenrecht mehr ausgebildet werden und von allen Nebenberufen einfacher werden, die der Gerichtsbeamter machen kann. Auch das Rechtsmittel der Revision muß umgestaltet werden. Auch bei der Strafrechtsplege müssen wir gewisse Änderungen treffen. Eingehende Vorarbeiten sind im Gang. Die Gerichte aber nicht bis zu jener großen Justizreform warten können, werden wir dem Hause zunächst erst eine Entlastungsform wegen der Überlastung der Gerichte vorlegen, was bis übermorgen der Fall sein wird. Ich bitte, diesem Entwurf ohne Verteilungsschriften zuzuhören. Dagegen wird ein Gesetz über Jugendvorschriften dem Hause zugehen.

Der Reichsjustizminister sprach sodann die Tätigkeit der Buergergerichte und wied den Vortrag zurück, daß die Amnestie die Linke bedroht. Weiter erörterte der Reichsjustizminister die Auslieferungsverträge usw. Was die

Kriegsverbrecher anlangt, so handelt es sich jetzt nur noch um 45 Personen auf der dritten Liste. Diese Fälle sollen ganz genau untersucht werden, wie es in Spa vereinbart wurde. In 32 Fällen sind bereits im August Erreichen um Entlastungsmaterial an die freien Regierungen ergangen. Jetzt, wo Jahre verstrichen sind, ist es schwer. Klarheit zu schaffen, zumal die Zeugen fast alle im Ausland wohnen. Dann aber, sobald die Auslagen vorliegen, werden erst neue Schwierigkeiten erwachsen, die wir jetzt noch gar nicht übersehen können. Nur England hat bisher seine Fälle erledigt. Die englischen Zeugenaufslagen sind aber nicht so abgestuft, daß sie gerichtlich verwendet werden können. Wir haben und deshalb bereit erklärt, einen Vertreter des Reichsgerichts ins Ausland zu senden, um die dortigen Regierungen über die Erfordernisse ihrer Prozeßführung aufzuklären. Nach England reist ein Vertreter bereit in der nächsten Tagen ab. Wir haben also alles getan, um die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Vortrag der Verschleppung trifft uns also nicht.

Die Strafverfolgung gegen den Abg. Erzberger.

Nachdem das Haus die beantragte Erlaubnis zur Strafverfolgung gegen den Abg. Erzberger (Komm.) verwiegen

für die Abstimmung wichtige Entscheidungen getroffen, sie den beiden Vertretern des deutschen und des polnischen Plebiszitkommisariats mitgeteilt und PE ermächtigt, die Bestimmungen zu veröffentlichen:

1. Alle Stimmberechtigten der Kategorie B (gebürtige oder nicht ansässige Personen) erhalten von dem paritätischen Ausschuss eine Benachrichtigung, ob sie in die Stimme eingetragen sind oder nicht, und zwar durch die Post gegen Rücksicht.

2. Für die Schreibweise der Namen wird am besten die auf der Geburtsurkunde gewählt. Im übrigen sollen die paritätischen Ausschüsse in dieser Frage nicht peinlich genau, sondern entgegenkommend sein. Es soll ausdrücklich, wenn durch die Schreibweise der Klang des Namens verschieden.

3. In dem Antrag auf Eintragung in die Stimmliste (Kategorie B, Anlage 1 der Vorlesungsvorschriften) ist unter Nr. 15 anzugeben das Datum, an dem der Stimmberechtigte seinen Wohnort in Oberschlesien verließ. Eine ungefähre Angabe des Zeitpunktes genügt, wenn eine genauere Angabe nicht möglich ist.

Endlich erklärt sich die Abstimmungskommission damit einverstanden, daß die Eintragungen der Abstimmungsgäste durch die Organisationen des deutschen und des polnischen Plebiszitkommisariats den paritätischen Ausschüssen übermittelt werden.

Vorbereitungen der Eisenbahn.

Von zuständiger deutscher Seite wird erklärt, daß für die Förderung der im Reich wohnenden abstimmberechtigten Oberschlesiern, von denen sich bisher 216 000 gemeldet haben, welche Zahl sich aber noch erheblich vermehren dürfte, bereits die Vorbereitungen in all die Einzelheiten getroffen sind. Niederschlesien werden etwa zweihundert Sonderzüge für die Abstimmungsberechtigten in Schlesien stellen. Für jedes Bedürfnis, auch daß der gebürtigen Personen, ist georgt. Sämtliche schlesischen Eisenbahnstationen werden als Verpflegungs- und ärztliche Clappenzüge eingerichtet. In Breslau, dem Hauptdurchgangsort für die Abstimmung, stehen sämtliche Schulen und Säle sowie jede verfügbare Gelegenheit zu Massenquartieren zur Verfügung.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Beilegung des Zwischenfalls im Zweiten Weltkrieg) In zwei Versammlungen nahm die Belegschaft der Fabrik von Ludwig Löwe den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses an, worauf der Betriebsrat sofort mit der Direktion in Verhandlungen über die Wiedereröffnung des Betriebes trat. Diese durfte demnach in den nächsten Tagen erfolgen.

Wien. (Streikfeier) Wien ist wieder von zahlreichen Streiks bedroht. Die Handelsfeger verlangen die Einführung des Handelsklausells. Sie wollen ihre Beziehungen ausschließlich durch Kollektivverträge mit den Häuslern regeln. Sie stellen in Aussicht, die Häuser ganz einfach offen zu lassen und leicht zu reinigen, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Später wurde ein angebrochener Streik der Fachschüler an den Landeskauen beigelegt. Die Kommunalbeamten verlangten eine sofortige Auszahlung von 2000 Kronen als Aushilfe, die ihnen bewilligt werden mußte.

Finanzminister Heldt

über Sachsen's Finanznote.

Ein Vertreter des Dämmerverlages hörte eine Unterredung mit dem sächsischen Finanzminister Heldt, der sich über die Finanzlage Sachsen's unglücklich gemacht hatte.

Bei meinem Amtsantritt habe ich eine ganze Reihe von Ausgaben sorgfältig, die die Volkskammer bewilligt hatte, ohne gleichzeitig für Deckung zu sorgen. Es wird daher in Zukunft nichts anderes übrig bleiben, als leicht notwendige Wünsche zurückzustellen. Die Beamtenbedürfnisse müssen unter allen Umständen aus tiefenfestsen Einnahmen befriedigt werden. Allerdings, um die Beamtenbedürfnisse zahlen zu können, braucht Sachsen 600 Millionen Mark. Dazu kommen noch die Löhne für die Staatsbeamter, die in dieser Summe nicht einkorrekt sind. Wir werden deshalb nicht daran vorbelassen, eine Revision der Ausgaben für Kulturzwecke, die nicht dringend notwendig sind, vorzunehmen. Daher wird es sich wohl nicht vermeiden lassen, daß die Ausgaben für die Landesbeamter eingeschränkt werden. Die beiden Landesbeamter haben ein Defizit von nahezu 7 Millionen Mark, wos eine dreifache auf die Landesopfer entfallen. Auch die peripheren Schulen, die ungefähr 270 Millionen Mark jährlich erfordern, kann der Staat unmöglich allein tragen, deshalb müssen die Gemeinden an der Tragung der Kosten teilnehmen.

Für die neuen Beamtenforderungen ist keine Deckung vorhanden. Da, wie erfragt, die hauptsächlichsten Einnahmen auf das Reich übergegangen sind, wird das Reich die darüber entstehenden Kosten tragen müssen. Nach den Vereinbarungen, die zuerst getroffen waren, sollten die neuen Beamtenforderungen für Sachsen eine Belastung von 74 Millionen Mark gebracht. Diese Summe ist aber durch die neuesten Bedürfnisse auf 87 Millionen angewachsen. Die anderen Länder haben erklärt, daß sie diese neue Erhöhung nicht zu tragen verhindern, insgesamt ist also erst recht Sachsen nicht imstande, diese Kosten auf sich zu nehmen, denn der sächsische Staat wird im Gegenzug zu anderen Ländern mit einem Defizit abschließen. Daher wird es daher nicht mehr größere Kosten auf sich nehmen kann, liegt auf der Hand. Hinzu kommt, daß wie in Sachsen die höchsten Ausgaben für die Erwerbstätigen-Unterstützungen hohen, die außerdem noch höher werden dürften, als sie jetzt schon sind. Wenn wieder ein Konjunkturrückgang eintreten, dann wird es noch schwächer als wie im vergangenen Jahr. Denn damals hatte die Industrie noch Ausdrücke für ungewöhnlich zehn Monate, während jetzt nur Ausdrücke für ungewöhnlich zehn Monate vorhanden sind. An eine Abwanderung der Industriebeamter in andere Berufsarten, z. B. in die Landwirtschaft ist nicht zu denken, da die sächsische Landwirtschaft, im Vergleich zu anderen Ländern, ganz minimal ist. Um wenigstens einige Mehreinnahmen für den Staat zu erhalten, wird eine Reform der Grundsteuer vorgenommen werden. Es wird sich lernen aus einer Reform der Gewerbesteuer nicht umgehen lassen, und ebenso müssen auch aus der Stempelsteuer größere Beträge herausgezahlt werden. Doch hierzu werden auch den Gemeinden erhöhte Anteile zugestanden werden müssen, da sie, noch besonders in heutigen Zeiten, ganz unsozial wirken.

G

Peter Grubel-Schifflein.

Ob Sommer erwiderte er auf diesen und

„Das wissen wir nicht, wenn ich über die Ausgaben für die Ausländer und

„Und diese wenn ich über die Ausgaben für die Ausländer und

getroffen, die politischen mächtigt, die

S (gebürtige dem partikulär die Stimm- und die Post ed am besten brigen sollen nicht peinlich zu auszeichnen, ziemlich wie-

e Stimmlichkeit ist unter Stimmbericht. Eine unge- eine genauerer Konsolidation damit Abstimmungs- und des poli- schen Aus-

art, daß für Abstimmungssatz 216 000 ge- rechlich ver- stellt in alle Littelschleifen die Abstim- bedürftig ist gefordert. In Abstimmung, die verfügbare

te.

chen fall 8 en nahm den Schieds- auf der Be- lungen über diese därfte

wieder von verlangen- den zu zusätz- die zu reinigen, — Spät- schullehrer malbeamten 000 Kronen ie.

nerredung mit sie Finanzlage von Ausgaben in gleichzeitig nichts anderes gestellt. Die lautenden Ein- seßt zahlten. Dazu kommen Summe nicht vorbekommen, nicht dringend ohl nicht ver- eingefordert von nobo- desseps ent- 270 Millionen allein tragen, den teilnehmen, ing vorhanden. Rollen fragen waren, hätten stellung von 74 % die neuwelen Länder haben verhindern, diese Kosten Gegenlager zu das daher nicht auf der Hand, haben für die höher werden Anturtschlag angemessen Jahr. ungeliebt zehn Monate sät- ter in andere renken, da die Zänder, ganz im Staat müssen werden. nicht umgedre- btere Beläge in Gemeinden sehr in großer möglich, da sic-

lungen. Januar 1921.

9. R. 9. B. Schadow gelt. ab. — 1901

Berndsen- 18 Zeitver- nehmer die Meldung treten, son- zu nennen, er mit dem

tigsten Teilnehmer spreche, aber ob er dem Amt eine falsche Nummer genannt oder das Amt ihn unrichtig verbunden habe. Ferner wird es getadelt, daß viele bei einem Anruf mit „Hallo“ antworten. Diese aus Amerika stammende Gewohnheit laufe ebenso lediglich auf Zeitverschwendunghinaus, weil der Anrufer, wenn man sich ihm gegenüber mit „Hallo“ meldet, damit zunächst nichts anfangen könne, vielmehr erst wieder fragen müsse, mit wem er denn die Ehre habe, verbunden zu sein. Es wird demgegenüber empfohlen, nach amerikanischem Vorbilde bei Beantwortung des Anrufs den eigenen Namen oder den Namen der eigenen Firma zu nennen, soweit der Teilnehmer nicht die Rennung der Anschlußnummer beliebt. Bei dem Umgang, den der „Hallo“-Ruf in Deutschland angenommen hat, entlastet jedes eindeutliche Wort, um das die Gespräche gekürzt werden, den Betrieb in den außerordentlich in Anspruch genommenen Verbindungsleistungen der Ortsämter, was den Teilnehmern selbst zugute kommt.

† Verlängerung der Polizeistunde in Sachsen? Im Gegensatz zu den Absichten der Reichsregierung, die Polizeistunde im Reich zu verkürzen, plant der Minister des Innern, Lipinski, für Sachsen eine Verlängerung der Polizeistunde.

† Die Landessynode hat sich wieder vertragt, nachdem sie in den leichten Sitzungen den Entwurf der Kirchgemeindeordnung mit den getroffenen Änderungen einstimmig angenommen hatte und noch für die Anrechnung des kirchdienstlichen Einkommens auf das Ruhegehalt der Kirchschullehrer eingetreten war.

† Die Fehler des Acht-Stunden-Tages beim Handwerk. Die schädliche Wirkung der Acht-Stunden-Arbeitszeit beim Handwerk gehen besonders klar aus dem Jahresbericht der preußischen Regierungs- und Gewerberäte hervor, in denen es heißt, daß die Schlosser, Schmiede, Stellmacher und Wagenbauer des flachen Landes bei der verkürzten Arbeitszeit in den Sommermonaten nicht in der Lage sind, das erhöhte Arbeitsbedürfnis zu befriedigen, und beispielsweise die Mühlen dauernd eine zweite Arbeitskraft in Bereitschaft halten müssen. Die Folgen seien eine vermindernde Ausnutzung der Naturkräfte. Demgegenüber ist, wie der Hanso-Bund schreibt, hinzuzufügen, daß die Einführung der Acht-Stunden-Arbeitszeit im Handwerk zur Folge gehabt hat, daß zahlreiche Meister im Gegenzah zu früher jetzt auf die Einstellung von Gesellen und Lehrlingen verzichten, wodurch das Gegenteil von dem erreicht wird, was der Acht-Stunden-Tag bringen sollte: eine vermehrte Arbeitslosigkeit.

† Die Auswanderung aus Sachsen hat in der letzten Zeit außerordentlich zugenommen. Aus einigen offiziellen Verwaltungsbezirken liegen Mitteilungen vor, daß dort vom Januar bis März 1920 794 Auswanderungsgesuche vorliegen, und daß im April deren Zahl 265, im Mai 172, im Juni 359, im Juli 417, im August 354, im September 293, im Oktober 318, im November 221 betrug. In ganz herbenkrauter Weise hat die Auswanderung nach Sowjet-Russland nochgezogen. Die frühen Erfahrungen der dort hin ausgewanderten, aber wieder heimgekehrten Metallarbeiter haben dazu beigebracht. Die Gefahr, daß lästige und wertvolle Glieder unserer Volksgemeinschaft auswandern, droht aber augenblicklich erneut besonders im sächsischen Erzgebirge und dem Vogtland, wo die hochentwickelte Textilindustrie fast zusammengebrochen ist. Infolgedessen ist die sächsische Regierung bereits dabei, Pläne auszuarbeiten, die eine Umstellung der Textilindustrie auf andere Fabrikationszweige ermöglichen sollen.

† Im Ergebnis verkehr werden Mosaikauflieferungen, durch die im einzelnen Fälle die Beförderung im Pachtwagen der Schnell-, Eis- oder Personenzüge erschwert wird, zurückgewiesen. Als Mosaikauflieferung wird hierbei angesehen, wenn ein Abhänger zu einem Zuge mehr als 10 Stück oder Pack oder mehr als 500 kg aufliest.

† Sächsischer Lehrerverein. Der sächsische Lehrerverein hat vor kurzem eine Streikkasse für seine Mitglieder gegründet. Leichtsanwall Hirschel, Dresden, droht nun mit Strafe jedem Mitglied, das nicht 50 M. zu dieser Kasse zahlt will. Das Mitteilungsblatt des sächsischen Erzieherbundes knüpft daran die Frage: „Ob der angekündigte Schritt zum Radi, der übrigens der rechtlichen Grundlage entbehrt, die Kollegialität festigen oder nur die Kasse füllen soll?“

Gefälschte Hoffnungen.

Roman von Erich Aug. König. 18

Peter Grollinger blickte mit düsterer Miene auf die leeren Schüsseln.

„Ob Sonntag oder Montagtag, wenn man mir satt wird!“ erwiderte er achselzuckend. „Ich kann Dir nicht jeden Mittag Käse und Schildkrötensuppe vorsetzen!“

„Das wünsche ich mir auch nicht.“

„Also, dann sprich mit Deiner Schwester, richte Deine Botschaft an Dora, sie ist für die Küche verantwortlich.“

„Und diese Verantwortung will ich gerne übernehmen, wenn ich über genügende Mittel verfügen kann,“ sagte Dora in demselben unzufriedenen, verdrösselten Tone, in dem dieses Gespräch begonnen hatte. „Aber von Woche zu Woche wird die Haushaltungsstasse kleiner, und mit den weichen Brocken, die ich erhalten, muß ich rechnen.“

„Geduld!“ seufzte der alte Mann, der schon wieder in seinem Notizbuch blätterte, „es wird bald besser werden. Wenn mein schönes Los in der Domhaułotterie herausgekommen wäre, dann —“

„Mit Hoffnungen kann man den Hunger nicht stillen, Papa!“ unterbrach ihn Ferdinand, „müssen wir warten, bis sie sich erfüllen, dann —“

„Ja, wie müssen warten!“ brachte sein Vater auf. „Und wenn Dir's in meinem Hause nicht mehr behagt, so lorge, daß Du eine Ausstellung findest! Ich habe schwere Opfer bringen müssen, um Dich hinduren zu lassen, was hast Du nun erreicht? Nur eine zwecklose Bekanntschaft mit einem Studentengeschoß, dem Baron v. Holbach, der Deiner Schwester den Kopf verdreht und Dich an Bläßigung gewöhnt. Die Freude werden schon annehmen auf Euch.“

Ferdinand warf einen verstohlenen Blick auf Dora, die schmollend die Oberlippe aufgeworfen hatte.

„Onkel Adolf sieht keine Gespenster,“ erwiderte er, „ich glaube, er würde anders urteilen, wenn Baron Paul bei ihm Hauskram wie und wenn den Hof mache. Die Ehe meiner Schwester ist mir so teuer wie die eigene, ich werde darüber wachen, daß kein Matel auf sie fallen kann.“

† Landeslotterie. Die 3. Klasse wird am 9. und 10. Februar gezogen. Die Erneuerung der Rose ist noch vor Ablauf des 31. Januar zu bewirken.

† Pferdeversteigerungen. Pferdeversteigerungen finden am 31. Januar und 1. Februar in Altreuth, am 2. Februar in Möhlbach bei Großenhain und am 3. Februar in Adelsdorf statt. Zum Ankauf der Pferde ist eine Berechnungskarte vom Landeskulturrat unbedingt erforderlich. Pferdeverkaufsstelle des Landeskulturrates.

† Einfuhr serbischer Schweine nach Sachsen. Einen Eichdrück in Sachen der Schweineschlachtversorgung stellen die Erfolge dar, die die deutschen Viehhändler in den letzten Tagen in Serbien und in der Bukowina gehabt haben. Seit sechs Jahren ist es jetzt wieder möglich gewesen, serbische Schweine nach Deutschland hereinzuholen. Die Tiere (sog. Balkonier) sind bis 500 Pfund schwer und so selt, daß sie kaum laufen können. Sie haben keine Vorstellen, wie ihre inländischen „Geschwister“, sondern wolliges Haar.

† Neue Stenographen-Zeitung. Der durch seine großen Preiswertheit hervorragende Stenographenverein Gobelsberger in München gibt unter dem Titel „Münchner Stenographische Blätter“ eine Stenographierte Zeitung heraus, die neuzeitig aufgesetzt, reichen Material zur Unterhaltung und Fortbildung dienen soll. Anschließend verhandelt hoffentlich: Kaufm.-Stenogr.-Verein Gobelsberger, München 19.

† Ein Geschenk für die Thüringer Jäger. Der herzogliche Schweizer Großherzog, Lehrer Buch in Braggen d. St. Gallen hat dem Thüringer Bienenwirtschaftlichen Hauptverein für das Frühjahr eine Anzahl erstklassiger Rosshörnchen von hohem Wert schenkungswert überlassen. Diese sollen auf den Thüringer Zuchttälern zur Züchtung edler Bienenrasen Verwendung finden, so daß die Thüringer Bienenzüchter mit guten Vögeln in großer Not geraten sind.

— Leipzig. Die städtische Bewirtschaftung des Leipziger Ratskellers. Entsprechend dem von den Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung gestellten Antrag, die Bewirtschaftung des Ratskellers bei Ablauf des jährligen Pachtvertrages in städtische Verwaltung zu übernehmen, wurde beschlossen, dem jährligen Pächter, dessen Pachtzeit noch bis zum 30. September 1922 läuft, zu kündigen und wegen Inkonsistenz der Ratskellerwirtschaft in eigener Rechte rechtzeitig vor Ablauf der Ablösungzeit Beschluß zu fassen. Der weitere Beschluß der Stadtverordneten, die Stadtkellerei durch einen gemischten Ausschuh verwalteten zu lassen, wurde abgelehnt, weil eine Notwendigkeit zur Bildung eines solchen gemischten Ausschusses nicht anerkannt werden konnte.

— Eine Stadtbank in Leipzig. Die Leipziger Sparkasse beabsichtigt, den Deposten, Contocurrents, Scheide- und Giroverkehr einzuführen und zu diesem Zweck am 1. April dieses Jahres eine eigene Scheinkasse zu eröffnen. Die Sparkasse erfüllt durch diese neue Einrichtung und durch ihre bereits bestehende Depotabteilung die Aufgabe einer Stadtbank. Der Leipziger Rat hat deshalb beschlossen, von der Errichtung einer besonderen Stadtbank abzusehen.

— Oschatz. Hier wurde der Angestellte Hans Werner von einem 30jährigen Manne auf dem Wege von Altenroda nach Oschatz unter Drohung mit Ersticken zur Herausgabe von Geld aufgesordert. Werner kam ihm aber zuvor und schlug ihn mit einem Stock über den Schädel, daß er tödlich in den Steinbrüchen starb und darauf schleunigst flüchtete.

— Mittweida. Die Stadtverordneten beschlossen die Auflösung der Ruhelos- und Hinterbliebenenversorgung für die Gemeindearbeiter, sowie deren Entlohnung nach Ortsklasse A und bewilligten u. a. 100 000 M. für Erweiterung des städtischen Krankenhauses.

— Döbena. Der Stadtgemeinderat hat beschlossen, von einer Besteuerung des reichsteuerfreien Einkommens Abstand zu nehmen.

— Glashau. Zum Zwecke der am 10. Januar beginnenden Querkreisung wurden die 3590 Schulkinder unserer Stadt dringlich untersucht, model ein äußerst trübes Resultat gezeigt wurde; denn nicht weniger als 1327 Schulkinder sind untererkrankt und 404 Kinder schwer untererkrankt.

— Gladbeck. Die Stadtverordneten wählten bei der in Freiberg stattfindenden Stadtverordnetenwahl erstmals die Bürgerlichen 8737 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 3179, die Unabhängigen ebenfalls 3179 und die Kommunisten 143 Stimmen.

„Darüber las mich nur selbst wachen!“ fiel Dora ein, „und wenn Dir das noch nicht genügt, Papa, so sei versichert, daß Baron Holbach ein Ehrenmann ist. Wenn er mich liebt und mich zur Wallfahrt begiebt, soll ich dann Nein sagen? Kein Mädchen würde das tun.“

„Darüber wollen wir beraten, wenn wir erst so weit sind,“ fuhr Ferdinand fort. „Poul ist mein Freund, ich halte ihn nicht lästig, an unserer Freundschaft Berat zu üben. Ich habe leider noch keine Aufführung gehabt, aber möglich gehe ich darum nicht, ich fertige Blätter an und verdiente damit mein Taschengeld und die Aufgaben für meine Garderothe. Das ist wenig, ich gebe es zu, aber ich kann die Verhältnisse nicht zwingen, auch ich muss warten, bis der Erfolg meine mannsgelehrten Bemühungen erbringt. Ich hoffe mich auch nicht meinetwegen über unsern Küchenmeister Schmalhaus, denn ich nehme gerne vorlieb, wenn ich weiß, daß die Verhältnisse es gebieten; aber Deinetwegen tut es mir leid, Papa. Mit dem Gedanke, daß Du mich für Deine „Hoffnungen“ ausgibst, könnte Du Dein Dasein angenehmer machen. Ich bitte Dich, entsage diesem Lotterieschwund.“

„Darüber urteile ich als erfahrener Mann anders!“ unterbrach der alte Mann ihn zornig. „Du bist noch zu jung, um Dir ein Urteil oder einen Rat auszumachen zu dürfen. Ich könnte Dir Deine geingabe nennen, die durch einen Lotteriegewinn reich geworden sind, aber ich habe keine Lust, mich mit Dir lange herumzustreiten. Du weißt mir noch einmal danken, daß ich an meinen Hoffnungen festgehalten habe; was man tut, das kann man ganz tun, halbes Werk ist immer vom Teufel.“

Er hatte sein Notizbuch eingesteckt und sich von seinem Sitz erhoben; er wollte eine sehr zwiespältige Haltung zeigen, doch ein schwerer Seufzer entzog sich seinen Lippen.

„Schönes Weiter heute,“ sagte er nach einer Pause, während er aus Fenster trat und in den Sonnenschein hinauschaute.

„Willst Du mit uns spazieren gehen?“ fragte Ferdinand, ohne den zornenden Blick zu bemerken, den Dora ihm zuwarf.

„Nein, es ist mir zu heilig!“

„Die Frühlingsblüte würde Dich heiter stimmen.“

„Wenn der Vater nicht will, so rede ihm auch nicht weiter

— In Bad Schandau erhielten die Unabhängigen bei den Stadtverordnetenwahlen 4 Sitze, die Wirtschaftsvereinigung und der Gastwirtverein 5 Sitze, die Beamtenvereinigung 3, die Mehrheitssozialisten 1 und der Bürgerverein 2 Sitze. Bei der Gemeinderatswahl in Krippen bei Schandau erhielten die Bürgerlichen 8, die Unabhängigen 4 Sitze.

— Hohenstein-Ernstthal. Eine Vereinigung der Buch-, Papier- und Schreibwarenhändler hat sich hier gebildet. Die Gründung wurde von den Beteiligten hauptsächlich deshalb vorgenommen, weil, wie geschrieben wird, die Mehrheit den Verkauf von Lehrmitteln in den hiesigen Schulen selbst in die Hand genommen hat.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Welt.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Markt für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarnische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Franc, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gesetzt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gefucht.)

Währungen	23. 1.		24. 1.		Stand 1. 8. 14	
	Geld	Brief	Geld	Brief		
Holland	Gulden	1863,10	1866,90	1988,00	1992,00	170 M.
Dänemark	Kronen	1143,55	1146,15	1201,25	1203,75	112
Schweden	Kronen	1111,25	1213,75	1283,70	1286,30	112
Norwegen	Kronen	1088,90	1091,10	1156,30	1158,70	112
Österreich	Frank	—	—	934,01	935,95	72
Amerika	Dollar	56,60	56,50	59,44	59,56	4,40
England	Fluhr	218,00	218,50	224,75	225,25	20,20
Frankreich	Frank	—	—	42,55	42,45	80
Belgien	Frank	—	—	438,55	439,45	80
Italien	Lire	—	—	215,75	216,25	80
Ungarn	Kronen	11,60	11,64	10,98	11,02	85
Ungarn	Kronen	76,90	77,10	79,15	79,85	85

Berliner Produktionskarte. Richtiglich sind am 25. Januar im Berliner Produktionskarte folgende Preise ermittelt für 50 Kilogramm ab Station: Speiserind, Vitellia 140—145 M., kleinere 120—130 M., Rüttelerind 110—115 M., Rindfleisch 90—100 M., Supinen, neue, blonde 55—60 M., neue, gelbe 63 bis 70 M., Tertadella 50—55 M., Steifenschnabel 80—90 M., vollwertige Jägerschinken 53—58 M., Steifenschnabel 80—90 M., vollwertige Jägerschinken 53—58 M., Leinpflocken 60—70 M., Leinpflocken 120—135 M., Tortinelasse 52—54 M., Wiesenher, lose gefüllt und trocken 28—32 M., gut gefüllt und trocken 35—36 M., Stroh, bratgeprägt 17—18,50 M., gebündelt 16—17,50 M., Roggenflocken 20—22 M., Rundflocken 7,50—8,50 M., Mais, lose, frei Kaiserschmied Hamburg Januar 141 M., Februar 130 M.

* Französisches Kapital in der oberösterreichischen Industrie. Wie aus Österreich gemeldet wird, schwören zwischen einzelner oberösterreichischer Industriekonzerne einerseits und französischer Finanzgruppen, hinter denen das Bankhaus Levy sowie der Credit Foncier steht, andererseits Verhandlungen, die zu einer finanziellen Beteiligung dieser Gruppen bei der oberösterreichischen Industrie unterzubring

Kirchen. Einige seines ist 91 Jahre alt geworden. Seine Urnen des Dichters leben noch in den verschiedenen Teilen Deutschlands.

Wieder ein oberschlesisches Dynamitattentat. Die Stationsschaffe in Niedzin bei Katowitz wurde durch vier Banditen mittels Dynamit in die Luft gesprengt. Eine Verabredung der Fass wurde durch Eisenbahnbeamte und Abschaltungspolizei verhindert. Drei Banditen wurden verhaftet.

Zwei Menschen durch ein Flugzeug getötet. Wie aus Garmisch gemeldet wird, ereignete sich beim Abflug eines Fliegers der Augsburger Rumpelwerke ein schweres Unfall. Dem Flugzeug mißlang der glatte Anfang von dem schnebedeckten Boden. Es fuhr in die Scher der zahlreichen Zuschauer und töte die im Garmisch zu Besuch weilende Güteschregerin Jenny und den Hausmeister Tom. Schwer verletzt wurde ein neunjähriger Knabe, leichter verletzt zwölf andere Kinder. Das Flugzeug wurde schwer beschädigt. Nach Feststellungen der Gerichtskommission trifft den Aicer kein Verhältnis.

Eine gesperrte Eisenbahnbrücke. Der Homburger Dampfer "Hedwig Fischer" fuhr in Königsberg i. Pr., als er die Eisenbahnbrücke passieren wollte, mit starkem Antrieb gegen das noch nicht geöffnete Durchlaßstück der Brücke, so daß dieses schwer beschädigt wurde. Die Brücke mußte für den Fußgänger- und für den Eisenbahnverkehr in der Richtung Lübau-Tilsit-Memel und Pillau bis auf weiteres gesperrt werden.

Sturmflut auf Sylt. Durch eine Sturmflut auf der Insel Sylt sind in Westerland die Kurpromenade und der Kursaalpavillon eingestürzt. Die Sturmflut unterstürzte die Fundamente. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Bermischtes.

Originelle Sammlungen. In einem selten Romane führt Anatole France einen Mann vor, dessen Hauptheidentität darin besteht, leere Streichholzsäckchen zu sammeln. Dieser Typus ist keine freie Schöpfung der dichterischen Phantasie, sondern es gab und gibt tatsächlich Sonderlinge, die eine bedeutende Energie auf die Sammlung der merkwürdigsten Dinge verwenden. So behielt der Komponist Ludovic Halevy eine umfangreiche Sammlung von Haarsäckchen. Ein Pariser hatte in seinem Leben eine gewaltige Menge von Omnibusfahrscheinen zusammengebracht, und vor ein paar Jahren wurden bei einer Auktion für 15 Franc alte Zigarettenringe verkauft, eine Sammlung, die den Rest von 100 000 in Rauch ausgegangenen Franc darstellte. Eine Amerikanerin hatte den Spleen — Tätowierungen zu sammeln. Sie machte Jagd auf arme Teufel, deren Arm mit solchen Sprüchen und Bildern verziert war, und veranlaßte sie gegen bedeutende Summen, sich die betreffenden Stellen ihrer Körperoberfläche abnehmen zu lassen. Weniger grausam, aber doch toller war die Manie eines Herrn der Pariser Gesellschaft. Er verschaffte sich gebrauchtes Badewasser berühmter Persönlichkeiten, zog es auf Flaschen ab und versah die Flaschen mit entsprechenden Etiketten. In seinen Ruhestunden pflegte er vor den Flaschenbatterie zu stehen und über ihren reizvollen Inhalt zu grübeln. Einer besonders hübschen Liebhaber geht die Königin von Norwegen nach. Sie hat sich eine Mappe angelegt, die die Aufschrift führt: "Was wir nicht gesagt, und was wir nicht getan haben." Dort werden alle falschen Anekdote aufbewahrt, die in den Zeitungen und Revuen über die norwegische Königsfamilie erzählt worden sind. Es heißt, daß die Mappe schon recht beträchtlich angegeschwollen ist.

Die Engländerinnen wollen nicht Geistliche werden. Die Zulassung der Frauen zum geistlichen Beruf, die in England geplant wird, erschließt den Engländerinnen ein neues Tätigkeitsfeld. Es handelt sich dabei nicht etwa um eine durch den Krieg geschaffene Neuerung, sondern um die Rückkehr zu der Tradition der anglikanischen Kirche, die das Diakonat auch den Frauen zugänglich gemacht hat. Natürlich sollen die weiblichen Geistlichen eine Ehe eingehen dürfen. Aber über das Zulassungsalter hat man sich noch nicht geeinigt, ebenso wenig über die Fragen, ob die Priesterinnen den Titel "Reverend" führen, und ob sie eine besondere Amtstracht anlegen sollen. Vorläufig soll der weibliche Geistliche dem Pfarrer nur im Jugendunterricht und in der Krankenpflege assistieren und an seiner Stelle den Früh- und Abendgottesdienst abhalten. Seltamerweise aber stellen sich gerade die Frauen der Neuerung ständig gegenüber. Zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung führen sie oft gehörte Argumente ins Tressen; doch die Frau ins Haus gehöre, doch sie keine Abneigung besitzt (!), und doch in der Heiligen Schrift ein Gebot enthalten sei, wonach die Frau in der Kirche zu schweigen habe.

Abgeschlossene Karriere. Eine lustige Episode ereignete sich dieser Tage auf der Kopenhagener Nørrebrogade. Ein Mann im Rollstuhl fuhr plötzlich vom Bürgersteig auf den Damm und stieß mit einem Straßenbahnen zusammen. Der Stuhl fiel um, der Mann wurde hinausgeschleudert, und die Straßenbahn verwandelte den Rollstuhl in Kleinholtz. Die Zuschauer erwarteten natürlich, den "Krüppel" vollständig entzweit zu finden, aber zu allgemeinem Erstaunen nahm er "die Beine unter die Arme" und lief schleunigst davon. Es war ein Mann, der sich durch Betteln auf den Straßen, die er im Rollstuhl durchfuhr, eine recht hübsche Einnahme verschafft hatte.

Frigigkeit im Maschinenkreisen. In New York wurde kürzlich die Meisterschaft im Maschinenkreisen für die Vereinigten Staaten und Kanada ausgetragen. Den ersten Preis erhielt George Hosfeld aus New Jersey, der 131 Worte in der Minute fehlerfrei niederschrieb. Den zweiten Platz errang sich Fräulein Margaret Owen mit 128 Wörtern in der Minute. Fräulein Owen hat in früheren Wettbewerben viermal hintereinander die Meisterschaft errungen. Den dritten Preis erhielt der Sieger des Vorjahres, William Oswald, mit 125 Wörtern. Einem vierzehnjährigen Jungen wurde für 100 Worte in der Minute ein besonderer Juniorpreis zuerkannt. Der erste Preisträger erhielt 1000 Dollar bar und eine freie Reise nach Europa. Während des Wettbewerbs waren die Teilnehmer verpflichtet, beim Schreiben die Fragen zu beantworten, die die Zuschauer an sie richteten.

Kirchennotizen.

Dom. Segenfeier.

Naunhof. Vorm. 10 Uhr: Kindergottesdienst. Vorm. 11 Uhr: Gottesdienst. — Abendmahl. — Vorm. 12 Uhr: Taufen.

Einige Lichtspielhäuser Leipzigs.

Astoria Windmühlenstr. 31. "Liebestrauß". 6 Alt.

Universum. Kino 6. "Der Nord ohne Täter" in 5 Akten. "Die Brautwerbung mit Hindernissen" Lustspiel in 2 Akten.

— Redaktion: Robert Götz. Druck und Verlag Günz & Sohn in Naunhof.

Lichtspiele Naunhof! Ratskeller Naunhof.

Freitag, den 28. bis Montag, den 31. Januar
Der gewaltige Union-Film der Ufa mit Pola Negri als



Ab heute Donnerstag

Ausschank von

f. Bockbier!!!

R. Böttger.

Einladung!

Der Jugendverein "Immergrün" Köhra erlaubt sich, die geehrte Einwohnerschaft von Naunhof und Umg. zu seiner am 29. Jan. 1921 im Gasthof "zum goldenen Stern" Naunhof stattfindenden

■ Abend-Unterhaltung

ergebenst einzuladen.

Erstklassiges Programm!!

Einlaß 1/2 Uhr. Anfangpunkt 1/8 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bitten

Der Wirt.

Der Vorstand.

Sonntag, den 30. Januar 1921

im Gasthof "Goldner Stern"

Saalturnender Kinder-Abteilung

anschließend Wintervergnügen des Vereins.

Näheres Sonntagsnummer.

D. V.

Ziegenzucht-
Genossenschaft.

Freitag, den 28. Januar 1921
punkt 7 Uhr

Versammlung

(Gambrinus) heit. Ankauf des
3. Bodes; anschl. Vorstand.

Achtung!

Preisabbau!

Sie kaufen am Plakat
billiger wie jede aus-
wärtig Konkurrenz in

Fahrradreisen
Mäntel u. Schildchen

Beste Moden in allen Größen.
Große Auswahl empfohlen

Müller : Naunhof

Neueste Spezialwerkstatt u. Handig.

Zwei lebensl. Krebsame

Freunde Anfang 20er wünschen.

Damenbekanntschafft.

Chronischem Bronchialhusten

leidend halte ich mehrere Bäder

besucht, pneumatische Kammer

ohneweisentlich Erfolg gebracht.

Man habe ich selbst ein Vor-

beugungsmittel gefunden, das

mir sofort geholfen hat. Darum

gebe ich jedem Leidensgefährdet

der sich gegen Einwendung eines

frankherren mit deutlicher Adresse

verschenken Briefumschlag an

mitte wendet eine Probe meines

Mittels unentgeltlich, damit er

sich selbst von dem Erfolg über-

zeugen kann. P. Breithkreuz,

Berlin SD 33, Skalitzerstr. 541.

Seit 1910/19

an Asthma

W. Ulrich

Grimma, Bahnhofstr. 21 II.

22500 Mark

auf erste oder zweite Hypothek

zu sofort oder später zu vergeden.

Angeb. 1. U. 9° Eged. d. Bl.

Sehen Sie sich vor

der Auswahl von Büchern doch auch einmal die Buch-

Romane an! Wenn Sie diese schmucken Bändchen in

ihrem zweifarbigen geprägten Einbande sehen, werden Sie

sie sicher gern kaufen. Als Geschenkwerke eignen sie sich

bei allen Gelegenheiten ganz vorsätzlich. Und der Inhalt

der Bücher ist wertvoll, denn die Verfasser der Romane

sind allererste und hervorragendste Schriftsteller von be-

deutendem Rufe. — Bestellungen erbitten wir an unseren

Ausdrucker, Herrn G. Lehmann, Parthenstr. 1

oder in der Geschäftsstelle d. Bl. abzugeben.

Möbel

größte Auswahl
solid u. preiswert

Riedel & Böhme

Leipzig, Katharinen-

Straße 19, I.

Für sofort gesucht.

Selbiges kann auch Kochen erlernen. Gehalt nach Über-

einigung. — Näheres Grimma, Leipzigerstr. 37 I.

Ehrliches Hausmädchen

für sofort gesucht.

Für die uns zu unserer VERMÄHLUNG

dargebrachten Glückwünsche und Geschenke

danken wir hierdurch herzlichst.

Arthur Kind u. Frau

geb. Frätscher.

NAUNHOF—POSSNECK.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—</